

**RENTE
MUSS ZUM
LEBEN
REICHEN**

**ALTER OHNE NOT
ist ein
GRUNDGESETZGEBOT!**

Initiative für ein menschliches Ziel

Petition an den Deutschen Bundestag

Der deutsche Bundestag möge beschließen:

Der Artikel 3 GG soll durch einen Zusatzartikel 3a GG ergänzt werden, in dem die Wahrung der Würde älterer Menschen als Staatsziel mit einer eindeutigen Formulierung beschrieben wird:

„Der Staat bekennt sich ausdrücklich zur Wahrung der Menschenwürde seiner älteren Bürgerinnen und Bürger. Er fördert ihre Rechte auf ein selbst bestimmtes diskriminierungsfreies Leben und sichert ihnen ein Alterseinkommen, das eine Einschränkung ihres Lebensstandard und Armut verhindert.“

(Begründung und Petenten-Anschrift auf der Rückseite)

Ich unterstütze die Petition

Familienname		Vorname	
Straße, Nr.			
Postleitzahl		Wohnort	
Datum, Unterschrift			

Familienname		Vorname	
Straße, Nr.			
Postleitzahl		Wohnort	
Datum, Unterschrift			

Familienname		Vorname	
Straße, Nr.			
Postleitzahl		Wohnort	
Datum, Unterschrift			

Familienname		Vorname	
Straße, Nr.			
Postleitzahl		Wohnort	
Datum, Unterschrift			

Familienname		Vorname	
Straße, Nr.			
Postleitzahl		Wohnort	
Datum, Unterschrift			

Das sind die Gründe für meine Petition:

Große Teile der Politik, aber auch der Bevölkerung betrachten die immer älter werdende Gesellschaft als ernsthafte Bedrohung. Szenarien wie demografische Katastrophe, Unbezahlbarkeit der Renten, Ausbeutung der Jungen und Diktatur der Alten beeinflussen das öffentliche Bewusstsein. Die ältere Generation wird als Last deklariert. Diese Entsolidarisierung ist zutiefst inhuman!

Für eine den Menschenrechten verpflichtete Gesellschaft muss es selbstverständlich sein, der älteren Generation als Anerkennung für ihre Lebensleistung und aus humanitären Gründen ein menschenwürdiges Älterwerden zu sichern. Diese Verpflichtung sollte im Grundgesetz verankert werden. Es darf keine Zweifel an diesem Ziel geben.

Mit dem grundgesetzlich festgelegten Bekenntnis muss der Staat seinen älteren Bürgerinnen und Bürgern auch ein Alterseinkommen sichern, das eine Einschränkung ihres Lebensstandards und Altersarmut verhindert.

Die mit der Agenda 2010 ausgelöste Rentenpolitik hat zu einer systematischen Rentenkürzung durch Absenkung des Rentenniveaus und zu geringer Angleichungen der Bestandsrenten geführt. Diese staatlich gewollte Benachteiligung der älteren Generation verletzt ihre Menschenwürde.

Der Anteil an Armutsopfern als Folge dieser Politik wächst, besonders durch die Zerschlagung des „normalen“ Arbeitsmarktes. Ergebnis ist eine enorme Zunahme von Niedrigeinkommen, die zu steigender Altersarmut führt.

Statt die Lebensleistung der älteren Generation zu würdigen, wird im öffentlichen Diskurs zunehmend auf die ökonomischen Belastungen durch älter werdende Menschen hingewiesen. Diese Diskriminierung muss die Gesellschaft veranlassen, ihr Verhältnis zu den Älteren neu zu bestimmen. Dabei sollte folgendes Motiv entscheidend sein:

Die Menschenwürde der älteren Generation hat Priorität. Sie darf auch nicht durch den angeblichen Generationenkonflikt, fragwürdige demografische Einwirkungen, vermeintliche ökonomische Belastungen oder sonstige Einflüsse angetastet werden.